

Russland und der "Markt". Zur Methodik des Problems

Die tragischen Ereignisse, die unser Land in den letzten Jahren heimsuchten, fanden und finden unter dem Zeichen des so genannten "Übergangs zum Markt" statt. Hartnäckig und nicht ohne Erfolg wird ein weiteres Klischee ins öffentliche Bewusstsein gebracht: Bisher, mindestens aber 70 Jahre lang bis zum Sieg der „Demokratie“, habe es in unserem Land keinen Markt gegeben, woher all unsere Probleme rührten, während ihn die zivilisierten Länder natürlich haben, weshalb sie wohlhabend sind; wenn wir nur endlich zum Markt übergehen, wird auch das arme Russland reich werden und in den Genuss aller Vorteile der Weltzivilisation gelangen.

Die Manipulation mit dem Wort "Markt" wird dadurch erleichtert, dass es so vieldeutig ist. In Gebrauch des Wortes im Alltag bzw. in der Wissenschaftssprache lassen sich mindestens fünf verschiedene Bedeutungen unterscheiden.

Erstens wird unter Markt seit langem ein Ort verstanden, an dem gekauft und verkauft wird (und man sich gegenseitig betrügt, wie die alten Perser gemäß Herodot ergänzen würden).

Zweitens wird als Markt die Gesamtheit von Verhältnissen zwischen Nachfrage und Angebot für eine bestimmte Ware bezeichnet; in diesem Sinne ist zum Beispiel vom Automarkt oder Arbeitsmarkt die Rede.

Drittens wird ein Markt auf Nachfrage- und Angebots-Beziehungen von Waren in einem ganz bestimmten Gebiet bezogen; eine solche Bedeutung hat der Begriff "nationaler Markt" (z. B. der britische oder der russische).

Die **vierte** Bedeutung des Wortes "Markt" umfasst die Sphäre der Zirkulation von Waren, im Unterschied zur Sphäre ihrer Produktion.

Und schließlich, **fünftens**, wird mit dem Begriff "Markt" ein Wirtschaftssystem bezeichnet, in dem die Produktionssphäre durch die Zirkulationssphäre reguliert wird.

Im Kontext der ideologischen Diskussionen der letzten Jahre stand der Gehalt der letzten, fünften Bedeutung des Wortes "Markt" im Zentrum. Die Disputanten unterscheiden diese aber – die einen absichtlich, die anderen unwillkürlich – oft nicht von den anderen Bedeutungen. Dadurch entsteht der falsche Eindruck, dass Markt-Verhältnisse „natürlich“ seien, von Ewigkeit her oder zumindest aus dem tiefsten Altertum stammten. Schließlich sind ja Szenen des Kaufens und Verkaufens bereits auf ägyptischen Fresken abgebildet, die fast 3000 Jahre alt sind. Im Unterbewusstsein konnte sich dann Feindseligkeit gegenüber den Kommunisten und damit gegenüber der gesamten sowjetischen Periode unserer Geschichte aufstauen, die angeblich das urchimliche Bedürfnis der Gesellschaft nach "Markt" angetastet hätten.

Die meisten Menschen sind sich in der Tat nicht bewusst, dass es den "Markt" in seinen ersten vier Bedeutungen in der UdSSR in allen Phasen ihres historischen Weges gab.

Nur wenige berücksichtigen auch die Tatsache, dass das Wort "Markt" aufgrund seiner vielfältigen Bedeutungen im Westen lange Zeit als Euphemismus für den unpopulären Begriff "Kapitalismus" verwendet wurde. Majakowski hatte schon voller Spott angemerkt: "Das Wort Kapitalismus ist wahrlich kein graziles, um wieviel graziler klingt ‚Nachtigall‘". Und so lockten die "Nachtigallen" der Perestroika und der "Demokratie" unsere Mitbürger mit dem grazilen Wort "Markt", die derartiger Propaganda größtenteils nicht erlegen gewesen wären, wenn sie offen für das aufgetreten wäre, was sie beinhaltete, nämlich die kapitalistische Konterrevolution.

Die Bezeichnung des Kapitalismus mit diesem verschleiernenden Wort ist keineswegs rein demagogisch, sondern erfüllt auch eine tiefere, ideologische Funktion. Sie erweckt den Eindruck, dass der Kapitalismus genau die Art von Gesellschaft ist, die hauptsächlich, wenn nicht gar gänzlich, durch den "Markt" reguliert wird und die sich folglich vollkommen "natürlich", mit einem Minimum an Gewalt, ohne "außerökonomischen Zwang" entwickelt. Andere Gesellschaftssysteme dagegen, insbesondere der Sozialismus, würden der Gesellschaft mit Gewalt aufgezwungen und seien daher zu wirtschaftlichem Rückstand, permanenter Menschenrechtsverletzung und unausweichlich zum Scheitern verurteilt. In einer modischen Verpackung wird hier eine Idee aufgewärmt, die mehr als 200 Jahre alt ist: Es gebe nur ein System, das der "Natur des Menschen" entspreche, alle anderen taugten nichts und beruhten nur auf Gewalt, Betrug und Finsternis unzivilisierter Völker. Die Kehrseite dieser Idee lautet: Wenn es in einem Land "außerökonomischen Zwang" gibt, bedeutet das, dass es entweder noch nicht den "vollwertigen" Kapitalismus erreicht hat oder von ihm, wohin auch immer, abgelenkt ist, während Seine Majestät der Markt für solcherlei Missgriffe nicht verantwortlich ist.

In Wirklichkeit aber ist die Geschichte des "Marktes" als volkswirtschaftliches Leitregulativ nicht älter als 100 Jahre. Es handelt sich um die Zeit der so genannten freien Konkurrenz während der ersten Welle der industriellen Revolution. Die "freie Konkurrenz" war auch räumlich nicht weniger beschränkt als zeitlich, sie erfasste in der Tat nur West- und teilweise Mitteleuropa sowie Nordamerika. Diese kurze Episode der Weltgeschichte deckt nicht einmal die gesamte Periode des Kapitalismus ab, obwohl sie darin einen wichtigen Platz einnimmt. Die industrielle Revolution in den "zivilisierten" Ländern hatte wirklich einen tiefgreifenden Einfluss auf die Geschicke der gesamten Menschheit. Dieser Einfluss wurde jedoch weniger durch "marktförmige", als vielmehr durch völlig andere Beziehungen zwischen den Industriemetropolen und dem Rest der Welt bestimmt.

Die Voraussetzungen für die erste Welle der Industrialisierung waren in hohem Maße durch koloniale Expansion europäischer Länder und die Verwandlung der übrigen Welt in deren abhängige Peripherie geschaffen worden. Dieser Prozess war von einer beispiellosen Entfaltung eben jenes "außerökonomischen Zwangs" begleitet, den die Ideologen des Kapitalismus vorrangig allen anderen Gesellschaftssystemen zuschreiben. Selbst in den Metropolen kam der Kapitalismus bis zum 19. Jahrhundert nicht ohne gewaltsame Zerstörung von Dorfgemeinden und Vertreibung der Bauern vom Land, nicht ohne Blut-Gesetze, Arbeitshäuser, Zwangsverpflichtungen usw. aus. In der abhängigen Peripherie - sowohl in Kolonien als auch in souveränen Ländern - waren es die Forderungen des kapitalistischen Weltmarkts, die die Plantagensklaverei, die zweite (oder erste) Auflage der Leibeigenschaft und ähnliche Phänomene erst neu hervorriefen, welche gewöhnlich gerne dem Feudalismus, dem orientalischen Despotismus und der vorkapitalistischen Barbarei insgesamt zugeschrieben werden. Genau mit der ersten Welle der industriellen Revolution fällt der Höhepunkt des Völkermords an den Ureinwohnern Amerikas, Australiens und Ozeaniens zusammen, die größte Ausdehnung des Sklavenhandels in Afrika, die koloniale Versklavung Indiens, finden die Opiumkriege gegen China und viele andere Dinge statt, die von marktwirtschaftlicher Idylle so weit entfernt sind wie die Erde vom Himmel. Verbreitung fand die Annahme, dass die Epoche der "freien Konkurrenz" vor allem durch den intensiven Warenexport aus der "Welt-Stadt" ins "Welt-Dorf" gekennzeichnet war und dass die niedrigen Preise dieser Waren wie schwere Artillerie alle chinesischen Mauern durchlöchert hatten. Das ist wahr, nicht aber die ganze Wahrheit. Westeuropa und die Vereinigten Staaten vermarkteten die Waren ihrer Kapitalisten auch mit Hilfe ihrer gänzlich

„naturegebenen“ echten schweren Artillerie. Ohne koloniale Eroberungen, "Kanonenbootdiplomatie" und ohne gewaltsame Ausschaltung lokaler Konkurrenten hätte der "freie Markt" in den Metropolen weder entstehen noch existieren können. Der Kapitalismus entstand und entwickelte sich als globales System, in welchem die Regulierung durch den Markt selbst in dessen Blütezeit keineswegs die einzige, sondern allenfalls die führende Tendenz dieser Zeit war.

Länder, die nicht zu den Metropolen gehörten, konnten ihre politische Souveränität nur dann bewahren, die Ausbeutung durch die "zivilisierte Welt" nur dann irgendwie eindämmen und die wirtschaftliche Entwicklung sicherstellen, wenn sie von gesellschaftspolitischen Kräften regiert wurden, die nicht dem privaten, sondern dem öffentlichen Sektor, nicht der Markt-anarchie, sondern der gezielten Regulierung der Wirtschaft und des gesamten Lebens des Landes den Vorzug gaben. Nur so gelang es Japan noch nach der Revolution von 1868 - buchstäblich zum letztmöglichen Zeitpunkt - in den engeren Kreis der Metropolen einzutreten. In Lateinamerika, Asien und Afrika gab es im 18. und 19. Jahrhundert viele weitere Versuche dieser Art. Am längsten dauerten sie in Südindien während der Herrschaft von Haidar Ali und Tipu Sultan (1761-1799), in Vietnam unter dem Taishon (1771-1802) und teilweise in der Folgezeit) und teilweise in den folgenden zwei oder drei Jahrzehnten, in Haiti unter Toussaint Louverture und Dessalines (1795-1806), in Ägypten unter Mohammed Ali (1811-1848) und in Paraguay unter H.G. Francia bzw. den Lopezes (1813-1870). Alle diese Versuche wurden von den Metropolen und ihren Satellitenstaaten gewaltsam niedergeschlagen. So organisierte Großbritannien eine anti-paraguayische Koalition aus Argentinien, Brasilien und Uruguay, die in das Land einmarschierte und im Laufe des Krieges bis zu 80 % der Bevölkerung ausrottete.

Jemand wies einst zu Recht darauf hin, dass wir nicht vom russischen Sonderweg sprechen sollten, sondern eher vom Sonderweg der Länder der derzeitigen "Gold-Milliarde", die das Zentrum des kapitalistischen Systems und der Ausbeuter der Welt darstellen. Unser Land teilte dagegen das Schicksal der absoluten Mehrheit der Menschheit, Objekt dieser Ausbeutung zu sein. Aus irgendeinem Grund wird bei uns der Tatsache wenig Aufmerksamkeit zuteil, dass Russland als Zarenreich, also als Imperium, zugleich zur Peripherie der kapitalistischen Welt gehörte, noch nicht einmal zu ihrer engsten Peripherie. Seit dem 16. Jahrhundert war Russland Großexporteur von Rohstoffen aller Art und Importeur von industriellen Fertigprodukten und Technologien. Von anderen abhängigen Ländern unterschied es sich nur durch seine geopolitische Lage als europäische Großmacht. Der Weltkapitalismus brauchte Russland objektiv nicht nur als Rohstoffquelle und Absatzmarkt, sondern auch als Stütze des militärisch-politischen Gleichgewichts in Europa, als Kraft, die Extremen auf der linken und rechten Seite rechtzeitig Einhalt gebieten konnte. So erfüllte die russische Autokratie, insbesondere im 18. und 19. Jahrhundert, auf internationaler Ebene eine der Funktionen, die auf nationaler Ebene der kapitalistische Staat ausübt. Dank dieser seiner internationalen Funktion war Russland bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Lage, seine Armee und Marine, die Industrie, das Bildungswesen und die Wissenschaft von europäischem Rang zu fördern und zu entwickeln, indem es allerdings dafür mit dem Blut seiner Söhne bezahlte. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen, um die Abhängigkeit zu minimieren und sogar zu überwinden, welche andere Länder der Peripherie nicht besaßen.

Unsere Nationalpatrioten, die viel Kritik gegen Peter den Großen erheben, bemerkten nicht, dass sich schon während der Regierungszeit von Sofja Alexejewna, wenn nicht schon früher,

eine Alternative für unser Land herauszubilden begann: Entweder wird es sich ein Mindestmaß an wirtschaftlicher und damit auch politischer Unabhängigkeit sichern, sich auf den Stand des damaligen wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu erheben, indem es sich durch eine Reihe erfolgreicher Kriege aktiv in das Konzert der europäischen Mächte einbringt, oder aber es wird sich in eine Halbkolonie oder Kolonie verwandeln (genauer gesagt, lässt es sich zwischen mehreren Metropolen aufteilen). Um die erste Option zu verwirklichen, war es notwendig, "ein Fenster nach Europa zu öffnen". Nicht, weil Russland zuvor durch den Willen seiner kurzsichtigen Herrscher von Europa isoliert gewesen wäre, sondern weil Russlands Beziehungen zu Westeuropa zuvor unter der Kontrolle von Ländern standen, die eine koloniale Herrschaft über Russland beanspruchten, nämlich vor allem Schweden und das Großreich Polen-Litauen, die Rzeczpospolita. Um jedoch zu verhindern, dass durch dieses Fenster aller mögliche Unrat ins Land strömt, wie es gerade vor unseren Augen geschieht, wurde eine strenge staatliche Kontrolle der Wirtschaft für notwendig gehalten – über die Exporte und Importe, über die Einladung ausländischer Fachkräfte und die Ausbildung der eigenen, über die Schaffung einer inländischen modernen Industrie (damals auf Manufakturniveau) usw..

In der gesamten darauf folgenden Geschichte Russlands waren seine Erfolge stets dann umso größer, je strenger die zentralisierte Regulierung der Wirtschaft ausfiel. Das Prinzip des "laissez faire, laissez passer" taugte für unser Land noch nie, obwohl es immer jenen Gruppen der herrschenden Klasse von Vorteil war, die nicht an Russlands Zukunft, sondern an ihren eigenen beschleunigten Beitritt zur Weltzivilisation dachten. Die Interessen dieser Gruppen und ihrer ausländischen Partner trugen nicht nur dazu bei, dass sich die Spezialisierung des Landes auf Rohstoffexporte vertiefte, sondern auch dazu, dass es sich seit Ende des 18. Jahrhunderts in einen Lebensmittelexporteur verwandelte, obwohl es von Natur aus dafür völlig ungeeignet ist, da es fast ausschließlich in der Zone riskanter Landwirtschaft liegt. So konnte der "Markt" im Prinzip nur dafür sorgen, dass die natürlichen und menschlichen Ressourcen des Landes nicht für die eigene Entwicklung, sondern für die Entwicklung anderer verwendet wurden.

Die so genannte Große Reform machte den Weg frei für die Entwicklung des freien Marktes - zum Glück für uns alle nicht in vollem Umfang. Ein relativ freier Arbeitsmarkt und ein relativ freier Agrarexportmarkt begannen sich zu entwickeln. Das Ergebnis all dieser Freiheiten war einerseits ein Aufschwung der Korruption - ein Anstieg von Bestechung, Veruntreuung und anderen Dingen, wie es ihn in der Geschichte des Landes noch nie gegeben hat, vergleichbar nur mit der aktuellen Situation. Andererseits führte der Export von Agrarprodukten von dieser Zeit an zu Hungersnöten. Bekanntlich gab es im Russland der Leibeigenschaft zwar Unterernährung, aber keine Hungersnot, während nach der Reform alle 6-7 Jahre mehrere Provinzen der zentralen Ackerbauzone von Hungersnot heimgesucht wurden. Daraus folgt natürlich nicht, dass Alexander II. die Leibeigenschaft hätte beibehalten müssen (sie hätte eigentlich schon unter Alexander I. oder sogar unter Peter III. abgeschafft werden müssen). Aber es war notwendig, wirtschaftliche Prozesse strenger zu kontrollieren, insbesondere die Getreideausfuhr, den Eisenbahnbau und die Entwicklung der Industrie. Die Entbehrungen, die das Volk unter Peter erfuhr, hatten sich wenigstens als Stärkung Russlands erwiesen. Hier aber nun wurde der Boden dafür bereitet, dass ausländisches Kapital alle wichtigen Bereiche der Wirtschaft des Landes beherrschte. Die Dramatik der Situation wurde dadurch verstärkt, dass die Welt an der Schwelle zur Überwindung der freien Marktwirtschaft stand, selbst dort, wo sie zuvor existiert hatte. Um

die Wende zum 20. Jahrhundert trat der Kapitalismus in seine monopolistische Phase ein. Die Monopole kontrollierten vor allem die Rohstoffindustrien und die Banken, über die die Metropolen vor allem die Länder der Peripherie kontrollierten. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs befanden sich drei Viertel des russischen Bankkapitals unter französischer, britischer und deutscher Kontrolle, wobei der größte Teil dieses Kapitals in Industriesyndikaten angelegt war. Bei eben diesen Banken war ein Großteil des Grundbesitzes verpfändet. Die Romanow-Monarchie vermochte auf diese bedrohlichen Symptome nicht anders zu reagieren als mit der Stolypinschen Reform, die die "Große Reform" von Alexander II. in Form einer jämmerlichen Farce wiederholte. Indem er die Bauerngemeinde zu zerstören begann, wusste der Zarismus diese traditionelle Form der Organisation, der Interessenvertretung und der gegenseitigen Hilfe durch nichts zu ersetzen. Nachdem es der Autokratie nicht einmal gelungen war, die Kolonisierung freier Ländereien im Osten des Landes zu organisieren, verpasste sie die letzte Chance, die ihr von der Natur und der Geschichte gegeben worden war.

Der vorrevolutionäre Aufschwung, auf den sich die Apologeten des freien Marktes ständig berufen, wäre, auch wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, durch eine Krise abgelöst worden. Beim bestehenden Grad der Bindung der russischen Wirtschaft an die westliche Wirtschaft war dies unvermeidlich, und es war praktisch unmöglich, sich aus der Abhängigkeit vom kapitalistischen Entwicklungsweg zu befreien. So haben beispielsweise die hohen Zölle auf die Einfuhr ausländischer Waren - ein traditionelles Mittel zur Unterstützung der einheimischen Produzenten - seit Beginn der imperialistischen Ära den Zustrom ausländischen Kapitals ins Land gefördert. Zollsenkung hätte das Land mit importierten Waren überschwemmt, gegenüber denen die einheimischen Waren nicht konkurrenzfähig gewesen wären. So würden die Früchte des Booms auf jeden Fall von den westlichen Monopolen geerntet werden, während Russland seine Kosten zu tragen hätte. So erging es nämlich anderen Lebensmittel und Rohstoffe exportierenden Ländern in Mitteleuropa und Lateinamerika. Bereits 1928 litten sie schwer unter der Agrarkrise, die zu einem der Auslöser der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der Großen Depression wurde. Es sei darauf hingewiesen, dass sich die lateinamerikanische Landwirtschaft erst in den 1960er Jahren von diesem Schlag erholte.

Auch in den internationalen Beziehungen wurde eine monopolartige Kontrolle errichtet. Die Welt wurde fast vollständig in Kolonien und Einflussphären verschiedener imperialistischer Mächte aufgeteilt, Russland als Großmacht hatte darin immer weniger Platz. Seit der Jahrhundertwende war das Reich der Romanows zu einer subimperialistischen Macht geworden. Beginnend mit der gemeinsamen Intervention mit den Westmächten in China im Jahr 1900 wurde die russische Außen- und Militärpolitik zunehmend den Interessen der eigentlichen imperialistischen Metropolen, insbesondere Großbritanniens und Frankreichs, untergeordnet. Hatte das Land zuvor seinen Platz unter den Großmächten und seine relative Unabhängigkeit in der Entwicklung mit Blut zu bezahlen, so festigte das vergossene Blut inzwischen nur noch seine abhängige Lage. Während des Ersten Weltkriegs führte die Unterordnung unter die Interessen der Entente-Verbündeten Russland in eine nationale Katastrophe.

Alle besitzenden Klassen waren, wie Lenin feststellte, auf die eine oder andere Weise mit den Interessen des imperialistischen Kapitals verbunden. Daher konnte es sich nach der Februarrevolution keine andere Partei als die Bolschewiki leisten, sich aus dem für das Land

ruinösen Krieg zurückzuziehen oder eine Bodenreform durchzuführen, geschweige denn Banken und Syndikate zu verstaatlichen. Die herrschenden Klassen hatten zuvor alle Möglichkeiten ausgereizt, um diejenige Tendenz zu verwirklichen, die zumindest die Abhängigkeit minimiert und das Überleben des Landes gesichert hätte.

Die Bolschewiki hingegen konnten es sich leisten, keine "Markt"-Spielchen zu spielen, sondern die Industrialisierung des Landes auf eine seriöse, modern geplante und geregelte Grundlage zu stellen. Der Hinweis auf die "Einführung des Marktes" im Rahmen der NÖP hält keiner Kritik stand. In den Jahren der NÖP wurden im Lande fast keine neuen Fabriken, Bergwerke oder Eisenbahnen gebaut, sondern nur die während des Welt- und Bürgerkrieges stillgelegten instandgesetzt. Marktwirtschaftliche Verhältnisse in einem Bauernland taugten lediglich dazu, die fast zum Erliegen gekommene Wirtschaft wiederzubeleben, aber sie waren, wie die ganze Weltgeschichte zeigt, für einen entscheidenden Durchbruch nach vorn völlig ungeeignet.

Erwähnenswert ist es, dass praktisch fast zeitgleich mit der Umsetzung unserer ersten Fünfjahrespläne sich auch der gesamte industriell entwickelte Westen ebenfalls gezwungen sah, zu einer zentralisierten staatlichen Regulierung der Wirtschaft überzugehen, in Ermangelung anderer Möglichkeiten, die Produktion weiterzuentwickeln oder zumindest aufrechtzuerhalten. Die Krise von 1929 und die darauf folgende Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zeigen das in aller Deutlichkeit: F.D. Roosevelt und L. Blum, A. Hitler und B. Mussolini, L. Cardenas und J. Vargas, die schwedischen Sozialdemokraten und die türkischen Kemalisten griffen zu eben solchen Maßnahmen.

Heutzutage ist der "Markt" als Regulator grundlegender wirtschaftlicher Prozesse nur noch von historischem Interesse. Nicht von ungefähr schrieb J. Galbraith schon vor ziemlich langer Zeit, dass jemand, der heute noch vom freien Markt spreche, ein klinischer Fall sei. Wir sollten ihm zustimmen. Auch der Mechanismus von Angebot und Nachfrage, der die Produktion durch Zirkulation regulieren sollte, funktioniert heute längst nicht mehr. Die Nachfrage auf dem Markt wird nicht durch die tatsächlichen materiellen und geistigen Bedürfnisse der Käufer bestimmt, sondern durch Werbung, die den Konsumenten Pseudobedürfnisse aufschwätzt, die diejenigen Produzenten begünstigen, die marktbeherrschend sind (Markt hier im Sinne der Zirkulationssphäre). Eines dieser aufgeschwätzten Pseudo-Bedürfnisse ist beispielsweise der möglichst häufige Austausch von Konsumgütern, die zwar noch ganz brauchbar, aber vermeintlich „moralisch verschlissen“ sind. Das gilt für praktisch alles - vom Kleid aus dem Vorjahr bis zum jüngsten Computermodell. Nicht zufällig wurde im zivilisierten Westen der Begriff "Konsumgesellschaft" schleichend mit dem Begriff "Wegwerfgesellschaft" konnotiert. In einigen Ländern soll das Wegwerfen sogar gesetzlich geregelt worden sein, indem Produktion und Kauf von "veralteten" Modellen mit einer höheren Steuer belegt wurden.

Wenn nun Neoliberale seit den späten 1970er Jahren wieder gerne vom Markt sprechen, so liegt das nicht an ihrer klinischen Demenz, sondern an der Transnationalisierung der Wirtschaft. Dabei handelt es sich darum, dass nunmehr transnationale Konzerne und nicht Staaten die Wirtschaft regulieren sollen. Der Begriff "Markt", der sich immer wieder als das alte "laissez faire" maskiert, bekam damit noch eine sechste Bedeutung. Unter fremder Flagge wird ihm ein neuer Sinn untergeschoben: eine Wirtschaftssteuerung durch transnationale Konzerne, während dem Staat eine solche Steuerung untersagt und seine

Nichteinmischung in die - nicht konkurrierende, sondern von Kopf bis Fuß monopolisierte - Wirtschaft verordnet wird.

Gerade in den letzten Monaten hat sich eine wahrhaft Neunte Woge von Fusionen und Firmenzusammenschlüssen erhoben. Im vergangenen Oktober (1998) entstand durch die Fusion zweier Banken die weltgrößte United Swiss Bank mit einem Vermögen von 699 Milliarden Dollar. Zur gleichen Zeit fusionierten die amerikanischen Bankkonzerne City Corp und Travellers Group und bildeten die zweitgrößte Bankmonopolgruppe - die City Group mit einer Bilanzsumme von 698 Mrd. \$. Die Fusion der führenden Deutschen Bank und der amerikanischen Banker's Trust, die einen transnationalen Superkonzern mit einer Bilanzsumme von 800 Milliarden Dollar schuf, blieb zwar nach anderen Parametern hinter den vorher genannten zurück, überschritt dabei aber nicht nur Ländergrenzen, sondern auch Kontinente. Am 4. Januar 1999 schlossen sich die weltgrößte Londoner Börse und die zweitgrößte europäische Börse, die Frankfurter Börse, zusammen. So entstand eine gesamteuropäische Börse, an der bereits 60 Prozent des gesamten Handels abgewickelt werden; die Börsen von Amsterdam, Madrid und Mailand haben ihre Bereitschaft erklärt, sich ihr anzuschließen, und die Pariser Börse wird unweigerlich folgen. Die beiden größten US-Börsen werden ebenfalls bis zum Jahr 2000 miteinander fusionieren, sodann vermutlich mit der europäischen Börse.

Im vergangenen Jahr kam es zu zwei Fusionen großer Ölgesellschaften: Exxon mit Mobil und British Petroleum mit Amoko.

Von den 18 größten Rüstungsherstellern der Welt blieben nur vier übrig, darunter ein Panzerhersteller und zwei Flugzeughersteller.

Die weltweite Diamantenproduktion wird zu 60-80% von einem einzigen transnationalen Konzern "De Beers" kontrolliert; selbst die mächtige Sowjetunion war seit den 1960er Jahren gezwungen, Abkommen mit ihm zu schließen, um ihre Diamanten auf dem Weltmarkt verkaufen zu können.

Wenn wir den Wettbewerb zwischen solchen Supermonopolen als „Marktverhältnisse“ bezeichnen, müssen wir zumindest zwei Dinge zugeben.

Erstens: Die sogenannten "neuen Russen" können und werden niemals vollwertige Teilhaber solcher Verhältnisse sein. Bis zum Ende der kapitalistischen Ära sind sie dazu bestimmt, die Rolle von kleinen Fischlein zu spielen, deren Treiben an den einen oder anderen Plätzen ganz von den Neun Wogen abhängt, die von den transnationalen Walen aufgetürmt werden. Zweitens sollte Russland insgesamt wenigstens wie ein Supermonopol agieren, das sich scheinbar mit den westlichen Monopolen messen kann. So hatte übrigens die Sowjetunion wirklich agiert - mit ihrem einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex, der Planwirtschaft und übrigens auch dem Außenhandelsmonopol. Daher war es ja notwendig, sie zu zerschlagen, was wiederum durch die Hand jenes Teils der herrschenden Elite erledigt wurde, dem es nicht um das Land, sondern nur um eigene Teilhabe an den Konsumstandards der "zivilisierten Länder" und den privaten Raub von Staatseigentum ging. Auch wenn einige von ihnen ernsthaft gehofft hatten, Oligarchen von Weltformat zu werden, irrten sie sich doch gründlich. Der Zusammenbruch der Finanzpyramiden von Tschubais und Co. im vergangenen Jahr hat alle deutlich auf ihre Plätze verwiesen.

Am Ende läuft das Problem "Russland und der Markt" auf die Frage hinaus, wer die russische Wirtschaft steuern wird, der russische Staat oder die transnationalen Konzerne, und ob diese Steuerung im Interesse der russischen Bevölkerung oder wiederum im Interesse der transnationalen Konzerne und ihrer lokalen Handlanger erfolgen wird.

Die praktische Lösung dieser Frage ihrerseits hängt von der Antwort auf die folgende Frage ab: Worin würde heute bzw. morgen die wirkliche Alternative zur Steuerung der russischen (und weltweiten) Wirtschaft durch das transnationale Kapital bestehen, welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte sind in der Lage, eine solche Alternative vorzuschlagen und umzusetzen, unter welchen nationalen und internationalen Bedingungen ist sie möglich?

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Erfahrungen Chinas und einer Reihe anderer Länder zu erwähnen, die vorschnell unter der Etikette "Marktsozialismus" interpretiert werden. Verständlicherweise ist die Versuchung groß, die Erfolge Chinas und Vietnams propagandistisch mit dem derzeitigen Niedergang Russlands zu vergleichen. Bei aller Wertschätzung für die Kommunisten in den fernöstlichen Ländern sollten jedoch die grundlegenden Unterschiede zwischen ihrer Situation und der in Russland sowie zwischen den jeweiligen Arbeitsbedingungen nicht vergessen werden.

Erstens verbleiben in diesen Ländern die wichtigsten Hebel der Wirtschaft beim Staat, so dass man nicht vom "Markt" als Grundlage des Wirtschaftssystems sprechen kann. Regierungen und Behörden, die sich in Kontinuität zur revolutionären Ära ihrer Länder sehen, werden in der gegenwärtigen internationalen und nationalen Situation oft gezwungen, "ins Glied zurückzutreten", um Auslandskapital in die Wirtschaft zu holen, nicht nur als Quelle für Investitionen und neue Technologien, sondern oft einfach nur als Bedingung für den Zugang ihrer Länder zum supermonopolisierten "Weltmarkt". Dies bedeutet eine partielle Unterordnung unter die transnationale kapitalistische Regulierung, während der Staat bestrebt ist, ein Maximum an Hebeln für seine eigene wirtschaftliche Regulierung zu behalten. Die Frage nach dem "Wer - wen" wird sich unweigerlich in diesem Prozess stellen und stellt sich bereits jetzt im Zusammenhang mit der aktuellen Asienkrise. Die Geschichte muss darauf erst noch eine Antwort geben.

In unserem Land ist diese Frage im Moment leider zugunsten der Konterrevolution entschieden worden. Um seine eigene Politik verfolgen zu können, braucht Russland einen neuen, revolutionären Machtwechsel, der angesichts der Stellung unseres Landes in der Welt nur unter den Bedingungen wirtschaftlicher und politischer Krisen auf globaler Ebene möglich ist, die in den kommenden Jahrzehnten unweigerlich bevorstehen. Diese Bedingungen werden ganz andere Maßnahmen erfordern als die derzeitige Zwischenzeit.

Zweitens unterscheiden sich die asiatischen Länder von uns durch ihren Platz in der weltweiten kapitalistischen Arbeitsteilung und im Verhältnis der Produktionsfaktoren und folglich durch ihre sozialen Bedingungen. Ihre natürlichen und menschlichen Ressourcen sind im Gegensatz zu den unseren nicht durch die verspätete industrielle Revolution erschöpft worden, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Verteidigung untergeordnet werden mussten. Was das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung betrifft, so stehen die VR China und die SR Vietnam dem NÖP-Russland näher als dem modernen, urbanisierten Russland, doch im Gegensatz zu beiden gibt es dort Möglichkeiten moderner industrieller Entwicklung nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land, ohne eine zu rasche Abwanderung von Millionen von Bauern in die Städte und die damit verbundenen sozialen Probleme. Ein Meer von Arbeitskräften bei minimalen Produktionskosten und einfacher Kommunikation, an dicht besiedelten Küsten vor eisfreien Meeren und sogar mit langfristiger sozial-politischer Stabilität lockt natürlich ausländisches Kapital in die Produktionssphäre. In Russland ist die

Situation - all diesen Indikatoren nach – genau gegenteilig, daher interessiert es das Weltkapital fast ausschließlich als Rohstoffquelle.

In dieser Situation sind Illusionen über ein "marktwirtschaftliches" Hinüberwachsen des abhängigen in einen nationalen Kapitalismus oder gar in den Sozialismus nicht angebracht. Der nationale Kapitalismus gehört der Vergangenheit an. In Zeiten des "freien Konkurrenz" oder des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu Mitte des 20. Jahrhunderts konnte man mit mehr oder weniger Recht noch von ihm sprechen, aber diejenigen, die ihn heute zu ihrem Slogan machen, irren sich entweder oder versuchen, ihren leichtgläubigen Mitbürgern Schnee vom letzten Jahr zu verkaufen. Die Existenz der modernen Bourgeoisie selbst ist untrennbar mit dem Herrschaftssystem des transnationalen Kapitals verbunden, umso mehr in einem Land, in dem diese Bourgeoisie durch eine Konterrevolution geschaffen wurde, die von diesem transnationalen Kapital genährt und unterstützt wird. Natürlich gibt es Widersprüche zwischen ihnen, aber bei jeder Klärung der Beziehungen sind sich beide Seiten darüber im Klaren, dass sie nicht ohne einander auskommen können. Aber auch darüber, wer in dieser "Partnerschaft" Herr und wer Diener ist.

Die Bourgeoisie und die ihr zugeneigte "anständige Gesellschaft", die um eine für sie günstigere Gewinnverteilung ringen, akzeptieren im Allgemeinen die abhängige Stellung ihres Landes und werden dies auch weiter tun, da ihre soziale Existenz durch eben diese Stellung bedingt ist. Jeder Versuch, in diese Grundlage der bestehenden "Ordnung" einzugreifen, stößt sofort und immer auf die allgemeine Ablehnung der imperialistischen "Weltgemeinschaft" und der absoluten Mehrheit des wohlhabenden Teils der abhängigen Gesellschaft. Genau diese Gemeinsamkeit ihrer Interessen, ihre prinzipielle Akzeptanz des abhängigen Kapitalismus als Gegebenheit, steckt hinter den Treueschwüren für "Marktreformen", die unisono von verschiedenen Rändern des politischen Spektrums ertönen.

Die Überwindung der Abhängigkeit fällt objektiv mit einer Revolution zusammen, die antiimperialistischen und letztlich sozialistischen Charakter trägt. Es muss klar unterschieden werden zwischen dem Maximalprogramm - einem seinem Wesen nach revolutionären Programm, mit dem Ziel des Machtwechsels und einer qualitativen Veränderung der Art der Beziehungen zum Weltkapitalismus - und dem Minimalprogramm, das darauf abzielt, die Folgen der Konterrevolution zu minimieren und einen Brückenkopf für künftige Offensiven zu gewinnen. In beiden Fällen ist es notwendig, klar zu verstehen, was der "Markt" heute bedeutet und wie er behandelt werden sollte. Das Fehlen einer solchen Unterscheidung und eines solchen Verständnisses ist eine der größten Schwächen der heutigen linken Opposition in Russland.

Die eine Sache ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Folgen der abhängigen kapitalistischen Konterrevolution in der gegenwärtigen Situation abzumildern, die weit davon entfernt ist, revolutionär zu sein, und, wenn möglich, das Potenzial für zukünftige Entwicklungen, vor allem im wissenschaftlichen und technischen Bereich, zu bewahren. In den nächsten 10-15 Jahren werden wir jedoch leider nicht in der Lage sein, dem "Markt" in seiner sechsten Bedeutung zu entkommen - dem transnationalen Kapital, das das Land fest an sich gebunden hat. Der gegenwärtige kapitalistische russische Staat hat nur eine sehr relative Unabhängigkeit von diesem "Markt", und wir sollten von ihm weder etwas anderes erwarten noch verlangen. Dennoch wird nur der Einsatz staatlicher Regulierung, wenn auch innerhalb dieser restriktiven Grenzen, die katastrophalen Folgen der "Marktreformen" irgendwie eindämmen können.

Eine andere Sache sind theoretische Vorstellungen über die Perspektiven der Welt und folglich unserer Entwicklung, die von den inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems in seinem gegenwärtigen, transnationalen Stadium bestimmt werden und früher oder später zu ihrer revolutionären Lösung kommen werden. Es ist ganz klar, dass in diesem Fall die Menschheit, wenn sie nicht an den Folgen der Zerstörung der irdischen Natur und des Menschen selbst durch den "Markt" zugrunde gehen will, den supermonopolisierten "Markt" überwinden und die begrenzte Wirtschaftsregulierung im Interesse einer Minderheit durch eine bewusst auf das Wohl aller Werktätigen ausgerichtete Entwicklung ersetzen muss. Es wäre verfrüht zu versuchen, die konkreten Formen einer solchen zukünftigen Planmäßigkeit vorwegzunehmen. Sie muss aber als weltanschauliche und methodische Orientierung stets im Auge behalten werden, um nicht in den uns gerade umgebenden Abscheulichkeiten und Erbärmlichkeiten zu ertrinken und um den Weg in die Zukunft nicht aus dem Blick zu verlieren.

Veröffentlicht in der Zeitschrift „Dialog“ (russ.) № 5 / 1999, Übersetzung: G. Havemann